

Der Bundestag soll helfen, Leben zu retten

Rettungsgasse Michael Kemény hat jetzt eine Online-Petition gestartet. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zeigte schon Interesse

VON DIETER SCHÖNDORFER

Landkreis 50 000 Unterstützer bundesweit zu finden heißt „ein dickes Brett zu bohren“, und dennoch ist der Landsberger Bergungsunternehmer Michael Kemény zuversichtlich, seine Online-Petition erfolgreich auf den Weg gebracht zu haben und den Bundestag im Erfolgsfall der Petition dazu zu bringen, das Gesetz zur Bildung einer Rettungsgasse deutlich zu verschärfen. Unterstützung erhält er dabei von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, der in der vergangenen Woche mit Kemény telefonisch Kontakt aufgenommen und ein persönliches Gespräch in Landsberg in Aussicht gestellt hat.

Eine solch prompte Reaktion aus Berlin hatte selbst Daueroptimist Michael Kemény nicht erwartet. Mit dem Thema „Rettungsgasse“ ist der ehemalige Stadtratsreferent für Feuerwehr und Katastrophenschutz nämlich schon seit vielen Jahren befasst und weiß, dass das Gesetz, so wie es aktuell abgefasst ist, in Deutschland wirkungslos verpufft. Kemény bekommt das regelmäßig am eigenen Leib zu spüren. Er ist Bergungsunternehmer und zum Beispiel im Auftrag des ADAC auf der A 96 unterwegs, oder besser: Er kämpft sich bei Unfällen auf der Autobahn mehr oder weniger schnell zu Unfällen durch. Dabei sind seine Erfahrungen mit den Auto- und Lkw-Fahrern mehr als frustrierend: „Wir, das sind die Rettungs- und Abschleppdienste, werden behindert, angepöbelt,

beschimpft und ignoriert.“ Sein Schlüsselerlebnis hatte er vor rund zehn Jahren. Als er sich mit seinem schweren Bergungsgerät zur Unfallstelle durchgekämpft hatte, war der verunglückte und eingeklemmte Autofahrer verblutet. „Der Notarzt sagte mir, wäre der Mann drei Minuten früher befreit worden, hätte er eine Überlebenschance gehabt.“

Kemény begann jetzt, seine Einsatzfahrzeuge mit Aufklebern an der Heckscheibe auszustatten, auf denen zu lesen steht: „Bei Stau Rettungsgasse bilden!“ (LT berichtete). Das BRK Landsberg rüstete ein Fahrzeug damit aus, auch die Feuerwehr Landsberg setzte ein Zeichen mit der Übernahme der Aufkleber.

Das Einsatzleitfahrzeug weist seit Mitte des Jahres großflächig auf der Heckscheibe darauf hin, die Rettungsgasse offenzuhalten. Allein die Wirkung stellte sich bislang nicht ein. Christian Jungbauer, stellvertretender Kommandant: „Beim jüngsten Einsatz am Wochenende ging die Rettungsgasse hinter dem Fahrzeug wieder zu.“

Erst vor Kurzem zeigte Kemény einen Lkw-Fahrer an, der ihn durch entsprechende Handzeichen beleidigte und die Rettungsgasse nur unwillig freimachte. Für Kemény nicht befriedigend: „Der bekommt bestenfalls eine Strafe in Höhe von 20 Euro wegen aktiver Behinderung.“ Er ist daher überzeugt: „Die Erziehung funktioniert nur über den Geldbeutel, sprich, nur über höhere Strafen.“

Er selbst setzt viel lieber auf Prävention und Aufklärung. So ist er zum Beispiel als Referent zum Truckertammtisch des Polizeipräsidiums Schwaben Nord eingeladen. Solche Stammtische, die in Augsburg regelmäßig von rund 30 Brummifahrern auch aus dem Landkreis Landsberg besucht werden, gibt es seit zwölf Jahren in allen Bundesländern – in Bayern sind es vier, einer davon existiert seit zehn Jahren in Augsburg. Initiator Hauptkommissar Hansjörg Schuster: „Wir sprechen dort über aktuelle verkehrsrechtliche Themen.“ Michael Kemény wurde ihm empfohlen, das Thema Rettungsgasse hält der Verkehrsexperte Schuster für eminent wichtig. Im Polizeipräsidium Schwaben Nord beschäftigt man sich zudem aktuell mit einem Projekt zum Thema Rettungsgasse.

Anfang des Monats startete Kemény Online-Petition. Erreicht er 50 000 Unterstützer, wird sein Anliegen im Bundestag mit einer besonderen Dringlichkeit versehen. Ziel der Petition: Änderung des Gesetzes, klarere Regeln und höhere Strafen. Und sein Engagement bleibt nicht unbemerkt. Radiointerviews mit Stationen in der gesamten Bundesrepublik, TV-Sender fragen an, nur das Bayerische Innenministerium zeigt sich bislang zurückhaltend: „Die haben eine eigene Aktion mit digitalen Anzeigen laufen.“

Michael Kemény will dennoch am Thema dranbleiben: „Ich lasse nicht locker.“ Noch einmal möchte er sich nicht die Frage stellen müssen, ob ein Verunglückter sterben musste, weil die Rettungsgasse nicht frei war.



Die Realität: Egal wie oft auf die Rettungsgassen hingewiesen wird, oft gibt es für die Einsatzkräfte kein Durchkommen zu den Unfallstellen. Foto: Bachmann

Kommentar

VON DIETER SCHÖNDORFER

Rettungsgassen

» redaktion@landsberger-tagblatt.de



Die traurige Wahrheit

Der Paragraph 11 der Straßenverkehrsordnung zur Bildung einer Rettungsgasse muss deutlich verschärft werden. Das ist nicht nur der Inhalt von Michael Kemény's Petition, sondern Bestandteil vieler Forderungen von Verkehrs- und Rettungsdiensten in der gesamten Bundesrepublik – und das schon seit Jahren. Allein an den Autofahrern, und das sind wir ja zum großen Teil alle selbst, scheitern diese Forderungen in vielen Fällen wirkungslos abzuwippen. Das ist die traurige Wahrheit. Das Beispiel der Feuerwehr Landsberg vom vergangenen Wochenende, als sich die Rettungsgasse hinter dem Einsatzleitfahrzeug sofort wieder schloss, ist erschreckende Normalität.

Der Erziehungseffekt, auf den der Gesetzgeber setzt, wird nur sehr peripher erreicht. Er setzt aber sicher ein, wenn es an den eigenen Geldbeutel geht. Ein Beispiel dafür: In Österreich werden uneinsichtige Blockierer mit Geldstrafen von bis zu 2180 Euro bestraft. Und siehe da, dort funktionieren die Rettungsgassen.

Bei uns handelt es sich bei einem Verstoß um eine Ordnungswidrigkeit (20 Euro). Ein gutes Zeichen ist, dass sich Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt nun offenbar persönlich mit dem Thema beschäftigt.

Die Rettungsgassen müssen endlich frei werden, denn: sie helfen Leben zu retten.

Petition Rettungsgasse

Die Petition „Rettungsgasse bilden“ an den Bundestag kann wie folgt unterstützt werden:

- a) unter <https://epetitionen.bundestag.de/epet/peteinreichen/einzelnschritt1.html> eine Petition einreichen – Button Petition ohne Veröffentlichung
Schritt 1 – Persönliche Daten eingeben.
Schritt 2 – Bei Wortlaut der Petition –

Ich unterstütze die Petition mit der Nr. 18-0009866.
Bei Begründung siehe oben
Schritt 3 – Überprüfen und Haken setzen und abschicken !!

- b) per Mail an post.pet@bundestag.de
Es muss die vollständige Adresse angegeben sein.
Der Wortlaut: Ich unterstütze die Petition Nr. 18-0009866. (hön)

